

Angelegenheiten der Steuerverwaltung

Informationen gemäß Art. 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten:

Nach geltendem Datenschutzrecht erhalten Sie Informationen, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben, wofür diese benötigt werden und wie sie bei uns verarbeitet werden. Darüber hinaus weisen wir Sie auf Ihre Betroffenenrechte hin. Ferner möchten wir Sie informieren, wer Ihre Ansprechpersonen sind, wenn es um Fragen zum Datenschutz geht.

Ihre personenbezogenen Daten wurden von uns erhoben. Dazu gehören Daten, welche Sie uns zur Verfügung gestellt haben oder welche wir von Dritten über Sie erhoben haben. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten (Art. 13 und 14 DSGVO) nachzukommen, informieren wir Sie über folgende Umstände:

Bitte beachten Sie dazu folgende Datenschutzhinweise

- 1.) Verantwortlicher, Datenschutzbeauftragte und Aufsichtsbehörde:** Verantwortlicher für die Datenerhebung ist die Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstr. 59, 10179 Berlin.

Die/den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: Senatsverwaltung für Finanzen, DSB, Klosterstr. 59, 10179 Berlin, Datenschutz@senfin.berlin.de.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist grundsätzlich die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de, Telefonnummer: 030 13889 -0.

Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Graurheindorfer Str. 153, 53117 Bonn, E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de, Telefonnummer: +49(0)228 997799-0) ist zuständige Aufsichtsbehörde im Bereich aller Steuern einschließlich der Steuervergütungen, die durch Bundesrecht oder Recht der Europäischen Union geregelt sind, soweit sie durch Bundesfinanzbehörden oder durch Landesfinanzbehörden verwaltet werden. Hierzu zählen insbesondere die Einkommen-, die Gewerbe- und die Umsatzsteuer. Weiterführende Angaben finden sie in den [Allgemeinen Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Art. 12 – 14 der Datenschutzgrundverordnung in der Steuerverwaltung](#).

- 2.) personenbezogene Daten, die verarbeitet werden:**

Diese können sein: Name, Vorname, Dienstadresse, übrige Kontaktdaten, E-Mail,

Geburtsdatum, Geschlecht, Grad der Behinderung, Eingruppierung, Kontoverbindung, Besteuerungsmerkmale, Identifikationsnummer, Steuernummer, Steuerdaten, UNIFA-Kennung, Dienstgrad, Laufbahngruppe, Dienststelle, Personalnummer, Stellenzeichen, Beschäftigtengruppe, Gesellschaftereigenschaft, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund, Beurteilungsinformationen, Amtsarztresultate, Angaben aus Steuerakten, zuständiges Finanzamt, Name der/des Bundesbetriebsprüfers/in, Überwachungsgegenstand und Unternehmensnummer beim HZA, Erkenntnisse über Waffenbesitz; ggf. Art der Gefährdung, mitgeteilte Sachverhaltsangaben, Angaben der Antragstellenden und Bewerbenden; ggf. Inhalt von Straftaten und Personal- und Ausbildungsangelegenheiten.

3.) Zweck der Datenverarbeitung:

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zur Durchführung und Begleitung von Fachgeschäfts- und Rechnungshofprüfungen sowie sonstigen Prüfungen, Bearbeitung und Begleitung von Bürgereingaben, -beschwerden, Petitionen, Gerichtsverfahren, Strafverfahren und Revisionsverfahren, Zielvereinbarungen, Auswertungen, Maßnahmen für das bzw. im Besteuerungsverfahren, Einzelfallunterstützung der Finanzämter im Besteuerungsverfahren, Betreuung und Nutzung von Fachverfahren, Personal- und Ausbildungsangelegenheiten sowie Fortbildungen, Lehrgänge und Abschlussprüfungen, Personal- und Stellenplanung, Aufklärung von Berufspflichtverletzungen, Staatstaufsicht über die Steuerberaterkammer Berlin, Datenschutzangelegenheiten, Kontrollmitteilungen, Führung und Bearbeitung öffentlich zugänglicher Adressverzeichnisse, Amtshaftungs- und Schadensersatzangelegenheiten, Bearbeitung von Anfragen nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), Durchführung und Organisation von Lehrgängen an der Finanzschule, Haushalts- und Vermögensverwaltung sowie Durchführung von Videokonferenzen. Zweckänderungen sind gemäß § 15 Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG) möglich.

4.) Rechtsgrundlagen:

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Artikel 6 Absatz 1 lit. a DSGVO als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich sind, dient Artikel 6 Absatz 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, denen unsere Behörde unterliegt, dient Artikel 6 Absatz 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer

anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Artikel 6 Absatz 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage. Für den Fall, dass die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO die Rechtsgrundlage.

Eine Verarbeitung besonderen Kategorien personenbezogener Daten erfolgt nach Art. 9 Abs. 1 und 2 lit. a) bis j) DSGVO, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfolgung und Erfüllung von Rechtsansprüchen, aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses, bei Einwilligung, zur Pflichterfüllung im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts, für Zwecke der Gesundheitsvorsorge, Arbeitsschutzes und im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

5.) Quelle der Daten:

Ihre Daten wurden von Ihnen, einer anderen Behörde oder Abteilung/Referat zur Zweckerreichung erhoben oder von dem Verantwortlichen.

6.) Speicherung Ihrer Daten:

Die personenbezogenen Daten werden nach Erhebung solange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde.

Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten besteht.

7.) Ihre Rechte:

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

- **Recht auf Auskunft**
Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst konkrete Angaben machen.
- **Recht auf Berichtigung**
Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.
- **Recht auf Widerruf bei der Einwilligung**
Sofern die Befugnis auf Verarbeitung Ihrer Daten oder zur Weitergabe Ihrer

Daten auf Ihrer Einwilligung beruhen, haben Sie das Recht gemäß Art. 7 Datenschutz-Grundverordnung diese jederzeit für die Zukunft zu widerrufen.

- **Recht auf Löschung**
Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
Unter Umständen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten bei uns verlangen; die Daten werden dann nicht gelöscht, aber nicht weiter genutzt.
- **Recht auf Widerspruch**
Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit**
Sie haben auch ein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 Datenschutzgrundverordnung.
- **Recht auf Beschwerde**
Sie können bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.
- **Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten**
Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit. Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.

8.) Empfänger der Daten:

Ihre personenbezogenen Daten könnten im Rahmen der Zwecke weitergegeben werden an andere Behörden, Botschaften, Auswärtiges Amt, Ministerien, Berufskammern, andere Bundesländer, Stabilitätsrat, Bundeskasse Trier, Gerichte, Mitarbeitende, Vertragspartner, Antragstellende, Verfahrensbevollmächtigte, und andere Abteilungen innerhalb des Verantwortlichen, soweit es gesetzlich zulässig ist.